

---

Ernst Breit

---

## **Vor neuen Herausforderungen -** Eine Bilanz zum DGB-Bundeskongreß

---

Es ist Mode geworden, die aktuelle Situation und die Perspektiven der Gewerkschaften in düsteren Farben zu malen. Zwar haben die Kommentatoren häufig in erster Linie die Organisationen Englands und Amerikas im Auge, aber schnell sind dann meist Parallelen konstruiert, wird auch die Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik an der Schwelle zur Kraft- und Bedeutungslosigkeit gesehen. Sieht man von jenen Beobachtern ab, denen jede tatsächliche oder vermeintliche gewerkschaftliche Schwäche ins ideologische Kalkül paßt, so bleibt ein ernstzunehmender Rest bedenkenswerter Argumente. Daß zum Beispiel ökonomische Krisenzeiten nicht unbedingt Hochphasen gewerkschaftlicher Durchsetzungsfähigkeit sind, ist ein unleugbares Dilemma. Aber reicht das alles aus, um das Urteil zu fällen, die Gewerkschaften seien „so schwach wie nie zuvor“?

Alles in allem sind die seit dem letzten Kongreß vergangenen vier Jahre für die deutschen Gewerkschaften nicht negativ zu bilanzieren. So stellt die Durchsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung im Jahr 1984 gegen den massiven Widerstand aus Politik und Wirtschaft eine ebenso bemerkenswerte Leistung dar wie die Mobilisierung der Arbeitnehmer gegen die Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz in diesem Jahr. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften haben eindrucksvoll bewiesen, daß sie geschlossen, handlungs- und durchsetzungsfähig sind. Ihre Gegenwehr hat sich gelohnt; sie hat auch das gewerkschaftliche Selbstbewußtsein gestärkt. Das ist eine gute Ausgangsbasis für weitere Anstrengungen gegen alle Spielarten von unsozialer und antigewerkschaftlicher Politik, wie sie die amtierende Bundesregierung zu bevorzugen scheint. Inzwischen haben wohl selbst die Scharfmacher in ihren Reihen (und in ihrem Gefolge) einsehen müssen, daß jene Tak-

tik, die die Gewerkschaften mittels immer neuer Auseinandersetzungen zu zermürben trachtet, nicht aufgeht. Natürlich haben die letzten Jahre uns Kraft gekostet, aber sie haben gleichzeitig einen Zugewinn an Entschlossenheit, Mut und Kampfeswillen gebracht. Wer die Dauerkontroverse, den ständigen Streit mit uns will, kann das haben. Wir wollten und wollen diese Politik nicht und haben sie nicht vom Zaun gebrochen, aber wir werden ihr nicht aus dem Weg gehen, wenn sie uns aufgezwungen wird. Die Gewerkschaften lassen sich nicht aus diesem Staat oder an seinen Rand drängen.

I.

Entgegen einem periodisch auftauchenden Gerede, das die Gewerkschaften in die Nähe von Staatsverächtern oder gar -feinden stellen will, bejahen die Gewerkschaften den demokratischen Sozial- und Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland. Sie haben ihn maßgeblich mitaufgebaut, haben einen wichtigen Beitrag zu seiner ökonomischen Stärke geleistet, haben ihn stets gegen radikale Bedrohungen verteidigt. Der soziale Frieden war und ist *die* Grundvoraussetzung für politische und ökonomische Stabilität. Ohne diese Gewerkschaftsbewegung wäre dieser Staat nicht das, was er ist. Wenn diese Feststellung zutrifft - und ich bin davon überzeugt, daß sie objektivierbar ist —, dann gilt allerdings auch: Dieser Staat ist nicht mehr, was er war, wenn den Gewerkschaften bleibender Schaden zugefügt wird.

Die praktische Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland wird seit eh und je von der Kritik begleitet, sie verkenne den Charakter des Staates: dieser sei keineswegs neutral, sondern ausführendes Organ für oder gar Handlanger von Kapitalinteressen. Diese Analyse ist sicherlich falsch, und sie ist bisher - ausweislich ihrer Politik - in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nie mehrheitsfähig gewesen. Allerdings ist auch nicht zu verkennen, daß es im Verlauf der historischen Entwicklung immer wieder Phasen gegeben hat, in denen Unternehmer und unternehmerische Politik übermäßigen Einfluß auf Staat und Regierung genommen oder bekommen haben. Das hat sich nie zum Nutzen des Ganzen ausgewirkt. Dieser Erfahrung eingedenk sollte die Bundesregierung sich ihrer Verpflichtung zum Ausgleich bewußt werden. Die Schiefelage, in die sie sich selbst gebracht hat, wird sie auf Dauer ins Rutschen bringen. Um dem Vorwurf der Übertreibung und Verzerrung zu begegnen, will ich noch einmal zusammenfassend darlegen, worauf sich die Analyse von einer einseitigen staatlichen Politik gründet.

*Erstens* hat sich - trotz einer unverkennbaren und anerkennenswerten, mit beachtlicher Preisstabilität einhergehenden, ökonomischen Erholung - nichts an der Massenarbeitslosigkeit geändert. Im Gegenteil: Die Zahlen sind während der Regierungszeit der konservativ-liberalen Koalition - entgegen deren vollmundigen Ankündigungen - weiter gewachsen. Die gewerkschaftlichen Konzepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden nach wie vor vehement abgelehnt; die vielbeschworenen „Selbstheilungskräfte“ des Marktes haben, jedenfalls auf dem Arbeitsmarkt, ihre angeblichen Wirkungen bisher

nicht entfaltet. Die Quersumme aus Ablehnung und ausbleibender Wirkung scheint Tatenlosigkeit zu sein. Auch wenn wir nicht die schlimmen historischen Erfahrungen mit den Auswirkungen von Massenarbeitslosigkeit hätten, müßte man hierin eine Pflichtverletzung sehen. Es ist sehr wohl bekannt, daß Arbeitslosigkeit die Position der Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessert. Wer jederzeit darauf verweisen kann, daß es für den Arbeitsplatz hinreichend andere Bewerber gibt, hat ein äußerst wirksames Disziplinierungsinstrument gegenüber allen, deren Lebensunterhalt allein von ihrer Arbeitskraft abhängt. Mit ihrer arbeitsmarktpolitischen Untätigkeit fördert die Bundesregierung dieses fundamentale Ungleichgewicht noch.

*Zweitens* wirken sich die sozialpolitischen ebenso wie die steuerlichen Maßnahmen der Regierung in der Summe gegen die Arbeitnehmer und ihre Familien aus. Der Bundesarbeitsminister hat entsprechende Einzelnachweise immer wieder als „unrichtig“, ja als bewußte Irreführung oder gar Lüge zu brandmarken versucht. Das alles sind untaugliche Ablenkungsmanöver. Es ist müßig, erneut die Vielzahl der Belege anzuführen, es genügt, einige gravierende Beispiele zu nennen:

- Seit der Haushaltsoperation 1982 (damals noch unter sozialliberaler Verantwortung und von den Gewerkschaften ebenso abgelehnt und bekämpft wie die folgenden) sind die Bezieher von Arbeits- und Sozialeinkommen in Milliardenhöhe belastet worden. Dagegen führt die von der Bundesregierung etwa mit Hilfe von Investitionszulagen und Steuergeschenken betriebene Politik staatlicher Gewinnpflege zu ansehnlichen Entlastungen von Unternehmern und Spitzenverdienern.
- Das bislang in der Sozialpolitik geltende Solidaritätsprinzip wird Schritt für Schritt durch das Leistungs- und Konkurrenzprinzip ersetzt; das System der kollektiven sozialen Sicherung wird durch Privatisierung und Individualisierung ausgehöhlt.
- Mehr und mehr Arbeitslose werden vom Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgeschlossen und damit auf die Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfe verwiesen, die auf die „Bedürftigkeit“ abgestellt sind. Mehr und mehr Menschen müssen sich zu Almosenempfängern degradiert vorkommen - einer der Wege, auf dem die neue Armut erzeugt wird.

Diese und viele andere sozialpolitischen Maßkuren und die fortgesetzte Umverteilung von unten nach oben lassen sich auch mit geschicktester Demagogie nicht zu Wohltaten für die Arbeitnehmer ummünzen.

*Drittens* sind die gesetzlichen Maßnahmen und Absichten im Bereich der Arbeitnehmerrechte eindeutig darauf angelegt, die Möglichkeiten der Arbeitnehmer zu beschränken und die Rolle der Gewerkschaften zu schwächen. Die Änderung des § 116 AFG ist ein eindrucksvoller Modellfall. Dabei geht es nämlich keineswegs, wie beschwichtigend behauptet wurde, um eine rechtliche „Klarstellung“, sondern um eine *massive* Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Streikfähigkeit.

Beste Beweis: Auf die Situation der Tarif auseinandersetzung in der Metallindustrie im Jahr 1984 angewandt, hätte die gesetzliche Neuregelung zur Folge gehabt, daß mehr als 200 000 von Streik und Aussperrung indirekt Betroffene keine Leistungen von der Bundesanstalt für Arbeit erhalten hätten. An diesem unwiderlegbaren Faktum wird der Kern des Vorhabens deutlich: Mittels materieller Bedrohung nur mittelbar Beteiligter soll ein Arbeitskampf wie der von 1984 zukünftig unmöglich gemacht werden. Mit diesem Arbeitskampf wurden nicht etwa außergewöhnlich hohe Lohnzuwächse angestrebt, es ging vielmehr um die Verkürzung der Arbeitszeit und damit um einen Beitrag gegen die Arbeitslosigkeit. Mit diesem Arbeitskampf wurde aber auch eines der Tabus aus dem berüchtigten Verweigerungs-Katalog der Arbeitgeber durchbrochen, das einer ihrer führenden Funktionäre so formuliert hatte: „Lieber vier Wochen Streik als eine Minute unter 40 Stunden.“ Saß die offenbar als Niederlage empfundene Tabu-Verletzung so tief, daß die Vermeidung des Wiederholungsfalles sozusagen den Rang einer Koalitionsvereinbarung bekam? Die alte und inzwischen wiederbelebte Tradition der FDP als Unternehmerpartei läßt das durchaus möglich erscheinen. Jedenfalls, das haben viele unbefangene Kenner inzwischen bestätigt, wird mit der Neuregelung des § 116 AFG praktisch die Schwächung der Gewerkschaften und die Beeinträchtigung der Steifähigkeit erreicht.

Jedes einzelne dieser Politikelemente und erst recht ihre Summierung legen die Vermutung nahe, daß die ausgleichende gesellschaftliche Funktion des Staates, oder - um einen von Norbert Blüm gern benutzten Begriff zu zitieren - die „Neutralität“ des Staates einem gefährlichen Erosionsprozeß ausgesetzt wird. Auf der einen Seite werden Privilegierte weiter und mehr begünstigt; potentielle Wählergruppen wie z. B. die Bauern über Gebühr gerade auch finanziell - hofiert; Arbeitgebervertretungen bruchlos in Regierungspolitik übernommen. Auf der anderen Seite wird sozial Schwachen genommen; werden Arbeitnehmerrechte zur Disposition gestellt; gewerkschaftliche Vorschläge als indiskutabel abgetan oder gar lächerlich gemacht. Das alles mag in der Gewißheit betrieben werden, daß letztendlich eine Mehrheit der Bevölkerung von einem derartigen Kurs profitiere oder sich zumindest selbst auf der Seite der Gewinner wähne. Diese kaltschnäuzige Art, Menschen zu „verziffern“, prägt vielleicht heute das Bewußtsein von alerten Wahlkampfstrategen und Wahlkampfmanagern. Sie bildet allerdings keine Grundlage für eine Staatspolitik, die dem Ganzen verpflichtet ist und allen zugute kommt.

Viele verantwortliche Politiker, die sich in der Tradition des deutschen Konservatismus oder Liberalismus fühlen, neigen heutzutage einem Populismus zu, der eine unzweifelhaft unsoziale Politik hinter „volkstümlichem“ Gerede und Gehabe zu verbergen trachtet. Kernbestandteil dieser Politik ist das Bemühen, die Arbeitnehmer und ihre Interessenorganisationen, die Gewerkschaften, auseinanderzureden und auseinanderzuidividieren. Daß derartige Versuche, wenn sie zum Beispiel von gesetzlichen Maßnahmen flankiert werden, ganz und gar nicht wirkungslos bleiben, belegen die Beispiele aus den

USA und aus Großbritannien. Das sind denn wohl auch in jeder Hinsicht die Vorbilder hiesiger Neokonservativer und -liberaler (die besser daran täten, sich an den sozial ausgerichteten Strömungen ihrer Partei- und Denkrichtungen in der deutschen Tradition zu orientieren), die inzwischen die Kombination von sozialer Demontage und sozialer Demagogie virtuos beherrschen.

Manche Indizien sprechen dafür, daß die Wähler, insbesondere Arbeitnehmer, dieses „Strickmuster“ inzwischen durchschaut haben. Die CDU/CSU wird hoffentlich bald Überlegungen darüber anstellen, wie sie den Charakter einer Volkspartei, von der Arbeitnehmerinteressen zumindest gleichwertig neben anderen gesellschaftlichen Interessen bedacht, vertreten und politisch durchgesetzt werden, zurückgewinnt. Daß ihre „Wende“ hin zu einer Anti-Gewerkschafts- und Anti-Sozialstaats-Partei gebremst worden ist, ist nicht zuletzt dem vehementen und anhaltenden gewerkschaftlichen Protest zuzuschreiben. Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, ob die Reaktionen - Zurückstellung der Änderungen am Betriebsverfassungsgesetz und der Sicherheitsgesetze - nur wahltaktisch bedingt sind oder auf tieferer Einsicht beruhen. Die Gewerkschaften werden - mit Wahlprüfsteinen und anderen geeigneten Mitteln - auch diese Regierung nicht aus ihren Verpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmern und den sozial Schwachen entlassen.

## II.

Um von der Misere und den Auswirkungen der eigenen Politik ablenken zu können, ist prominenten Koalitionspolitikern jede Gelegenheit willkommen. In ihr demagogisches Repertoire gehört deshalb das Thema „Neue Heimat“. Hier soll nicht noch einmal die Rede sein von Vorgeschichte, Konsequenzen, von den volks- und betriebswirtschaftlichen Begleiterscheinungen bei der Bereinigung eines Skandals. Natürlich wirft jede neue Meldung über Verbindlichkeiten und Sanierungskonzepte wieder Schatten auf die Gewerkschaften. Und insbesondere Politiker, deren eigene Weste nicht sauber ist, neigen dazu, auf die dunklen Stellen auf der Hemdbrust anderer zu weisen. Insofern stellt die „Neue Heimat“ eine bleibende politische Hypothek dar, die dem Ansehen der Gewerkschaften in der Bevölkerung und selbst bei vielen Mitgliedern schadet und die sich zur hemmungslosen Agitation nutzen läßt. Daran gibt es nichts zu beschönigen und auch nicht daran, daß in dem äußerst schwierigen Sanierungsgeschäft Fehler unterlaufen und unmittelbar Betroffene sich falsch behandelt fühlen und protestieren. Grundsätzlich sei erneut in Erinnerung gerufen, daß sozialer Wohnungsbau, den die gemeinwirtschaftliche Neue Heimat jahrzehntelang betrieben hat, keine gewerkschaftliche, sondern eine öffentliche Aufgabe war und ist. Es läßt sich auch im nachhinein nicht daran deuteln, daß Gewerkschaften und Gemeinwirtschaft zur Erfüllung dieser Pflicht wesentlich beigetragen haben.

Der „Fall“ Neue Heimat hat Fragen nach dem Sinn und dem Zweck der Gemeinwirtschaft insgesamt laut werden lassen. Soweit es sich hierbei nicht um die bereits erwähnten Polemiken derer handelt, die vom eigenen Unvermö-

gen oder von Verstrickungen ablenken möchten, sollten sie ernst genommen werden. Vor dem Hintergrund ihrer historischen Leistungen und ihrer vielfach belegbaren, gerade Arbeitnehmern zugute kommenden, günstigen Marktfunktionen sollte sich diese Debatte allerdings nicht leichtfertig an dem Vorurteil orientieren, daß es für die Gewerkschaftsbewegung am besten sei, ganz mit der gemeinwirtschaftlichen Tradition zu brechen. Eine Zeitlang werden wir unser Augenmerk noch auf die Neue Heimat zu konzentrieren haben, aber das bereits begonnene intensive Bemühen um die heutigen und zukünftigen Chancen und Handlungsmöglichkeiten der Gemeinwirtschaft ist unerlässlich. Konstruktive Impulse und Anregungen sind notwendig und erwünscht.

Der „Fall“ Neue Heimat wird oft zur Erklärung für die in den vergangenen Jahren leicht rückläufige Mitgliederentwicklung bei den DGB-Gewerkschaften herangezogen. Und sicherlich hat der eine oder andere sein Mitgliedsbuch deswegen zurückgegeben. Die entscheidende Ursache ist aber vielmehr in der zwischen 1981 und 1984 abnehmenden Zahl an Arbeitsplätzen zu suchen. Diese stichhaltige Erklärung sollte uns allerdings nicht blind für Problemfelder machen und darf nicht zu nachlassenden Anstrengungen bei der Mitgliederwerbung führen - im Gegenteil.

Für die Zukunft der Gewerkschaften hängt einiges vom Organisationsverhalten der Angestellten und der Frauen ab. Während zur Zeit 45 Prozent *aller* Arbeitnehmer Angestellte sind, machen die Angestellten gegenwärtig nur einen Anteil von 22 Prozent in den DGB-Gewerkschaften aus. In den letzten Jahren sind zwar sehr viele Frauen Gewerkschaftsmitglieder geworden, aber auch ihr Anteil muß und sollte noch vergrößert werden.

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es einer gezielten Politik und Ansprache - die früher manchmal anzutreffende Gewißheit, daß die meisten irgendwann ihre Abhängigkeit einsehen und zur Gewerkschaft stoßen würden, hat sich oft genug als trügerisch erwiesen. Die Einheitsgewerkschaft bietet prinzipiell die besten Voraussetzungen für eine Organisation aller Arbeitnehmergruppen - sie müssen nur praktisch und tagtäglich vor Ort genutzt werden.

Wir wissen, daß auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei Jugendlichen zu wünschen übrig läßt. Wenn auch nicht die „Vergreisung“ droht, so ist die Verzerrung der Alterspyramide für die Gewerkschaften ebenso problematisch wie für die Gesellschaft.

Die Zahl der Jugendlichen nimmt ab, die aufgrund von Familientradition, von alteingewurzelter Überzeugung sozusagen „geborene“ Gewerkschaftsmitglieder sind. Die Zahl derer nimmt zu, die ein anderes, individualistischer geprägtes Verhältnis zur Arbeit haben als noch ihre Elterngeneration. Und schließlich wirken offenbar manche Erfahrungen mit Gewerkschaften auf viele Jugendliche eher abschreckend. Andererseits halten weitaus die meisten Jugendlichen Gewerkschaften für notwendig und stimmen mit deren Grundwerten überein.

Aus diesen Befunden müssen sicherlich differenzierte und wirksame Konsequenzen für die Werbungs- und Bildungsarbeit gezogen werden. Generell ist zu sagen, daß mit ideologischen Schlachten bei Jugendlichen keine Blumentöpfe für Gewerkschaften gewonnen werden können. Auch Abgrenzungs- und Bündnisdebatten dürften keinerlei Attraktion auf abseitsstehende Jugendliche ausüben. Es ist schlechterdings unverständlich, daß darüber gestritten werden muß, ob man mit undemokratischen, antigewerkschaftlichen oder solchen Kräften zusammenarbeiten könne, die das Ziel ihrer Tätigkeit in der Durchsetzung von politischen Systemen sehen, in denen freie und unabhängige Gewerkschaften keinen Platz haben.

### III.

Das Grundsatzprogramm des DGB, 1981 nach ausführlicher Diskussion beschlossen, enthält auch eine verbindliche Erläuterung der Einheitsgewerkschaft. Das ist sicher kein höchstinstanzlicher Bescheid, mit dem das Thema für ewige Zeiten abgeschlossen wäre, aber es sollte doch der Rahmen abgesteckt sein, in dem sich die weiteren Überlegungen bewegen. In der Präambel des Grundsatzprogramms heißt es: „Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.“

Ob ein amtierender Bundesarbeitsminister, der Gewerkschaftsmitglied ist, in seiner Lehrzeit als Jugendvertreter mehr oder weniger gewerkschaftlich aktiv war, mag ein Stoff sein, aus dem sich Zeitungsgeschichten schneiden lassen, eine bewegende oder gar entscheidende Frage für die Einheitsgewerkschaft läßt sich daraus nicht ableiten. Schwerwiegend für die Einheitsgewerkschaft ist es allerdings, wenn dieser Minister eine Politik vertritt und vorantreibt, die sich massiv gegen Arbeitnehmer und Gewerkschaften richtet. Die Versuche, den Spieß umzudrehen und die Einheitsgewerkschaft parteipolitische Einseitigkeit und mangelnder Toleranz zu zeihen und sie sozusagen zum Wahlkampfverein zu stempeln, sind nicht geeignet, diese unsoziale Politik zu bemänteln. Halten wir uns an die Tatsachen: Die von der Bundesregierung betriebenen Änderungen des § 116 AFG sind immer auch von Gewerkschaftern abgelehnt worden, die der Union angehören.\* Meinungsumfragen ebenso wie das Arbeitnehmer-Votum des DGB lassen vermuten, daß auch ein Großteil der Arbeitnehmer, die die Unionsparteien gewählt haben, die gesetzliche Fesselung der gewerkschaftlichen Streikfähigkeit ablehnen. Daß diese Tatbestände bei der CDU/CSU keinen Lernprozeß und keine Einstellungsänderung hervorgerufen haben, ist ausschließlich ein Problem dieser Parteien und nicht eines der Einheitsgewerkschaft. Im Hinblick auf den § 116 AFG, aber auch auf das Betriebsverfassungsgesetz ist die Übereinstimmung innerhalb der Einheitsgewerkschaft fugenlos, stehen alle Gewerkschaften im DGB solidarisch zueinander. Angesichts der beinahe existenziellen Bedrohungen läßt sich diese Soli-

---

\* Siehe dazu den Beitrag von Gustav Fehrenbach in diesem Heft.

darität auch durch polemisches Infragestellen der Einheitsgewerkschaft und ihres Demokratieverständnisses nicht aufspalten.

Das Verhältnis des DGB zur Demokratie und zum Parlamentarismus ist über jeden Verdacht erhaben; Zweiflern seien zum einen die entsprechenden Formulierungen in der Präambel des Grundsatzprogramms zur Lektüre, zum anderen die praktische Politik der Gewerkschaften in den Jahrzehnten seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland zum Studium empfohlen.

Die Gewerkschaften respektieren selbstverständlich die Entscheidungen der frei gewählten Volksvertretungen - das gilt auch im Falle der Novellierung des § 116 AFG. Aber sie nutzen ebenso selbstverständlich das für die Demokratie konstitutive Recht, ihre von der Parlamentsmehrheit abweichende Auffassung mit den ihnen gebotenen Mitteln zum Ausdruck zu bringen. Es muß bezweifelt werden, ob diejenigen, denen zu diesem legitimen Vorgehen das böse und gefährliche Wort vom „Druck der Straße“ einfällt, die demokratischen Spielregeln begriffen haben.

Es ist enttäuschend, wenn eine Parlamentsmehrheit entgegen stichhaltigen Argumentationen entschließt, und es mag ebenso schmerzlich sein, erkennen zu müssen, daß womöglich eine Mehrheit der Arbeitnehmer oder gar der Bürger eine Gesetzesmaßnahme nicht billigt. Es ist kein Zeichen von Souveränität und politischem Stilgefühl, wenn eine derartige Niederlage zur Beschimpfung und Verunglimpfung der Gewerkschaften herhalten muß. Dem DGB ist in den letzten Wochen von Koalitionspolitikern häufig der Vorwurf gemacht worden, er mache Wahlkampf zugunsten der Sozialdemokratischen Partei. Das ist ein Vorwurf, zu dem gern gegriffen wird, wenn Sachargumente fehlen oder ausgehen. Der DGB betreibt keinen Wahlkampf - weder als politische Partei noch für eine solche. Er vertritt, gemäß seiner Aufgabe, die Interessen der Arbeitnehmer. Für diese Politik braucht er Partner in Parlamenten und Regierungen.

#### IV.

Parlamentarische Mehrheiten sind zum Beispiel vonnöten, wenn es darum geht, die Montanmitbestimmung zu sichern und die Mitbestimmung insgesamt auszubauen.

So gespannt man sein darf, ob die CDU bei diesem Thema an christlich-soziales Gedankengut oder auch an Aussagen päpstlicher Sozialzyklen anknüpft, so wenig sollte man sich übertriebenen Hoffnungen darauf hingeben, daß das soziale und sozialreformatorische Element, das dieser Partei einmal Impuls und Anziehungskraft gegeben hat, diesmal obsiegen könnte. Um so leichteres Spiel werden die haben, die Mitbestimmung von jeher als systemwidrigen Fremdkörper in einem eigentlich nur autoritär führbaren Unternehmen ansehen und in einer Marktwirtschaft des freien, sprich: ungehemmten Spiels der Kräfte. Es ist frappierend, mit welcher Offenheit ein nicht als engstirnig zu bezeichnender Unternehmer heute schon wieder demokratische Strukturen



im Betrieb ablehnt und die Mitbestimmung, die doch immerhin zur „Bauzeichnung dieser Republik“ (Herbert Wehner) gehört, als Irrweg abtut. Das unterscheidet sich kaum von unverhüllt antidemokratischen Stellungnahmen deutscher Unternehmer zum Wirtschaftsdemokratie-Konzept in der Weimarer Zeit.

Alle diese Einlassungen, die alten wie die neuen, machen die Behauptung nicht plausibler, Arbeitsplatz, Betrieb, Unternehmen, Konzern, Gesamtwirtschaft, entzögen sich sozusagen von Natur aus der demokratischen Gestaltbarkeit. Auch wenn einige dieser Argumentationen es geschickt anklingen lassen: Es geht den Gewerkschaften weder darum, betriebliche Entscheidungsstrukturen zu „anarchisieren“, über jeden Handgriff und jeden unternehmerischen Schritt in einer Sitzung beschließen zu lassen noch darum, Funktionäre in Ämter zu bringen oder Bürokratien zu etablieren. Es geht ihnen vielmehr darum, daß die Arbeitnehmer auf allen Ebenen der Wirtschaft in allen sie betreffenden Fragen nach demokratischen Grundsätzen und Regeln mitentscheiden. In diesem Modell sind unterschiedliche historische Ansätze und Praxisstränge zusammengefaßt, so zum Beispiel Elemente der katholischen Soziallehre wie der sozialdemokratischen Programmatik, Erfahrungen mit dem Betriebsrätegesetz in der Weimarer Republik, aber auch und nicht zuletzt jene Erfahrung, daß deutsche Unternehmer unkontrollierte wirtschaftliche Macht am Ende der ersten deutschen Republik und während des nationalsozialistischen Regimes mißbraucht haben. Insofern beinhaltet Mitbestimmung auch eine Lehre aus historischer Schuld.

Kritiker neigen dazu, Mitbestimmung als bloß formale Struktur zu verkennen, die am Interesse, an der Einsicht und der Motivation der Arbeitnehmer vorbei konstruiert sei. Sie meinen das vor allem aus Umfrageergebnissen schließen zu können, bei denen das Thema Mitbestimmung regelmäßig im unteren Bereich der Popularitätsskala plaziert ist. Das hat ganz zweifellos viel mit der mangelhaften oder fehlenden Behandlung des Themas in den Medien zu tun, aber wahrscheinlich auch mit betrieblichen Erfahrungen mancher Befragten. Deshalb ist die Verknüpfung von Mitbestimmungsstrukturen, -gremien, -forderungen mit konkreten, begreifbaren Inhalten und Zielen unerlässlich: Wozu dient, wozu soll dienen Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen, in der Gesamtwirtschaft? Auf diese Frage sind, je nach den spezifischen Gegebenheiten und Notwendigkeiten, unterschiedliche Antworten denkbar, und es ist wichtig, daß die „Anwendungsbereiche“ von Mitbestimmung phantasievoll und innovativ ausgeschöpft werden. Bisher haben sich Anwendungsbereiche wie die Humanisierung der Arbeit, die berufliche Weiterbildung, aber auch die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen bewährt. Ein zukunftssträchtiges weiteres Feld muß und wird die Technologiepolitik sein.

Technischer Wandel wird in einigen Bereichen gegenwärtig so rasch und gründlich vollzogen, daß man von einer neuen industriellen Revolution sprechen kann, beispielhaft seien computergestützte Fertigungstechniken, inte-

grierte Kommunikationssysteme, Telekommunikation, Bio- und Gentechnologie genannt. Die Gewerkschaften von heute sind sozusagen Kinder jener industriellen Revolution des vergangenen Jahrhunderts, die das moderne Zeitalter, im guten wie im schlechten, geprägt hat. Ohne die Industrialisierung und ohne die gewerkschaftlichen Kämpfe und Erfolge seither spielten die Arbeitnehmer nicht die gesellschaftlich bedeutsame, ja entscheidende Rolle, die sie seit den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts mehr und mehr gespielt haben. In der kollektiven Erinnerung bleibt aber auch aufbewahrt, mit welcher Mühsal für viele Millionen einzelne, mit welchen Entbehrungen, Verlusten und Rückschlägen für unzählige Arbeitnehmer und ihre Familien dieser Weg verbunden bleibt. Rationalisierungsdruck, Arbeitshetze, Arbeitslosigkeit - das sind nicht erst heute Stiefgeschwister des „Fortschritts“. Sie sind uns schon lange bekannt, und niemand wird uns verdenken, wenn wir ihr Erscheinen in einer neuerlichen Wachstumsphase technischen Fortschritts auf ein Minimum begrenzt sehen wollen. Technologischer Wandel im 20. Jahrhundert muß ein humanes und soziales Gesicht haben. Dieses Ergebnis ist am besten dadurch zu erzielen, daß betroffene oder potentiell betroffene Arbeitnehmer über Planung, Art und Einsatz moderner Technologien in Betrieben und Verwaltungen mitbestimmen. Nur so läßt sich der dringend gebotene soziale Konsens über Art und Umfang des technischen „Fortschritts“, vielleicht aber auch über dessen Grenzen, erzielen.

#### V.

Wie alle bisherigen technischen Fortentwicklungen werden auch die gegenwärtigen und zukünftigen Erleichterungen und Innovationen mit sich bringen, beispielsweise für Arbeitsvollzüge, Kommunikation und Krankheitsbekämpfung. Aber eindringlicher als in früheren Zeiten stellt sich, angesichts zum Teil unabsehbarer Konsequenzen, die Frage, ob all das, was technisch gemacht werden kann oder könnte, auch praktisch gemacht werden muß oder sollte.

Mittlerweile sind die mehr oder weniger fundierten Publikationen über die Auswirkungen technischer Neuerungen auf die Arbeitswelt, auf die Arbeit nicht mehr zu zählen. Hier ist nicht der Ort zur Rezension, zur Trennung nach Analyse, Spekulation oder Phantasie. Als rote Fäden ziehen sich hindurch: die Trends zur Dienstleistungs- und Freizeitgesellschaft und - damit verbunden - diejenigen zu einem mehr oder weniger umfassenden Wertewandel. Es hört sich positiv an, wenn da von einer zukünftigen Vielzahl besser Ausgebildeter die Rede ist, die sich ihre durch technische Feinessen aller Art erleichterte Arbeit flexibel so einteilen, daß zahlreiche Möglichkeiten bleiben für vielfältige und anspruchsvolle Freizeitaktivitäten. Aber es gibt eben auch das Szenario von dem vor Bildschirm und Tastatur hockenden „Heimarbeiter“, der, isoliert von den ebenso Arbeitenden, auch gegenüber dem Arbeitgeber auf sich allein gestellt ist und seine freie Zeit in erster Linie vor einem anderen Bildschirm verbringt, auf dem ununterbrochen eine konfektionierte und kommerzialisierte „Unterhaltung“ flimmert. Wäre das Fortschritt? Oder könnte es nicht

für manchen Betroffenen in vieler Hinsicht ein sozusagen computergestützter Rückschritt in vorindustrielle Zeiten sein? Es wird darauf zu achten sein, daß sich die Auswirkungen etwa der Computerisierung auf die Arbeit nicht derart gravierend auswachsen, sondern daß der Fortschritt sozial und menschengerecht gestaltet wird.

Gleichrangig ist das Postulat nach der Umweltverträglichkeit wissenschaftlich-technischer Fortentwicklung. Sicher zu Recht wird häufig auf die ökologische Unbedenklichkeit von Chips und Computern hingewiesen. Ganz anders sieht es im Hinblick auf Biotechnologien und Gentechnik aus. Hier geht es letztlich um die Grundlagen des Lebens und hier wird offensichtlich bereits vielfach experimentiert, ohne daß Hinreichendes über Konsequenzen bekannt wäre. Getrieben wird diese Experimentierfreude oft genug von überdimensionalen Gewinnaussichten, wie sie sich zum Teil tatsächlich bereits erfüllt haben, zum Teil noch erwartet werden. Versprochen werden wirksame Hilfe gegen bisher unheilbare Krankheiten, die frühzeitige Vorhersage möglicher Erbkrankheiten, die schonende, weil „natürliche“ Beseitigung von Umweltschäden usw. Die Liste der denkbaren wohltätigen Wirkungen dieser neuen Technologien ist lang. Ebenso lang aber ist die Liste ihrer Gefahren: unwiderrufliche Eingriffe in das Erbgut von Pflanzen, Tieren, Menschen; die behebige Vervielfachung identischer Lebewesen; die Kombination von Lebensformen oder Teilen davon, die auf natürliche Weise niemals zusammenfinden würden. Es steht zu befürchten, daß kein Gesetz derartige Manipulationen, die nicht nur die Umwelt des Menschen sondern seine existenzielle Substanz betreffen könnten, wirksam verhindern kann. Nur die Hochachtung vor einem unantastbaren Geheimnis des Lebens kann ein Ethos beleben oder schaffen, das die Menschheit davor bewahrt, an Abgründe geführt zu werden.

Erwin Chargaff, der bedeutende amerikanische Biochemiker, hat darauf hingewiesen, daß es sich bei der Gentechnologie wie bei der Atomspaltung jeweils um die Mißhandlung eines Kerns handle: des Zellkerns und des Atomkerns. Chargaff sieht in beiden Fällen eine Grenze überschritten.

Der schwere Unfall im russischen Atomkraftwerk Tschernobyl und seine Folgen, die sich bis nach Mitteleuropa ausgewirkt haben, hat deutlich gemacht, welche Risiken nach wie vor in der friedlichen Nutzung der Kernenergie liegen.

Um die schreckliche Wirkung der militärischen Anwendung der Atomspaltung wissen wir seit Hiroshima.

## VI.

Es war sicher nicht nur glücklicher Zufall, sondern ist auch das Verdienst internationaler Politik, daß die Welt, daß insbesondere das kriegsgewohnte Europa seit 40 Jahren von einer großen kriegerischen Auseinandersetzung verschont gebheben sind. Die Einsicht der beiden Supermächte, daß die direkte atomare Konfrontation eine bisher ungekannte Katastrophe für die gesamte

Menschheit nach sich ziehen könnte, hat mitgeholfen, das Schlimmste zu verhindern. Immer wieder wurden und werden auch Ansätze gemacht, zu Abrüstung und Entspannung zu kommen. Aber die militärisch-industriellen Komplexe sind - unabhängig vom politischen System - hier wie dort mächtig. Rüstung, insbesondere der verwerfliche Rüstungsexport in Entwicklungsländer, ist ein lukratives Geschäft; immer neue Waffengattungen und Rüstungsprogramme beschäftigen Heerscharen von Forschern und Wissenschaftlern. Die Vision von einem unangreifbaren und unverwundbaren Amerika hat Präsident Reagan zu der gigantischen „Strategischen Verteidigungsinitiative“ (SDI) bewogen. Abgesehen von den Unsummen, die dieses Vorhaben verschlingen wird, bezweifeln kompetente Fachleute seine Realisierbarkeit und die vorhergesagten zivilen Nutzeffekte. Es würde eine weitere, gefährliche Drehung der Rüstungsspirale in Gang setzen, deren Auswirkungen auf das von Atomwaffen starrende Europa nicht abzusehen sind.

Diese Aussichten müssen Europa, aus Eigeninteresse wie aus globaler Verantwortung, veranlassen, sein Gewicht in die Waagschale zu werfen, damit die eskalierende Militarisierung gestoppt wird und soziale materielle wie geistige Ressourcen in zivile Forschungs- und Entwicklungsbereiche umgeleitet werden. Angesichts von Hunger und Krankheit in der Welt, der zunehmenden sozialen Not, der um sich greifenden Umweltverschmutzung ist an Betätigungsfeldern wahrlich kein Mangel.

Der Weltfrieden ist zerbrechlicher denn je in den vergangenen vier Jahrzehnten - der Luftangriff der USA auf Libyen hat uns Europäern das schlagartig bewußt gemacht. So sehr der internationale Terrorismus, der kaltblütig und kalkuliert Menschenleben aufs Spiel setzt, mit vereinten Kräften wirksam bekämpft werden muß, so wenig eignen sich militärische Aktionen einer Weltmacht als Gegenmittel. Damit wird ein Teufelskreis in Gang gesetzt, der schon bald nicht mehr kontrollierbar sein könnte.

## VII.

Die Herausforderungen und Gefährdungen, denen sich die Gewerkschaften gegenübersehen, sind größer geworden und sie werden in den nächsten Jahren rapide weiter wachsen. So wenig es nutzt, sich auf diesem Weg bedingungslos an vertrauten Strukturen, Gebräuchen und Vorstellungen zu orientieren, so viel wird es helfen, an bewährten Programmen, Regeln und Werten festzuhalten. Um Beispiele zu nennen: Es wird der Staat weiterhin zur Erfüllung seiner wirtschaftspolitischen Pflichten aufgefordert werden müssen, solange sich der „Markt“ unfähig erweist, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Es wird weiterhin im Prinzip eine Tarifpolitik zu betreiben sein, die möglichst gleichartige Einkommens- und Arbeitsbedingungen sichert, solange mit „Flexibilisierung“ nichts anderes gemeint ist als ein Hebel zu ihrer schrittweisen Verschlechterung. Es werden weiterhin, trotz sich ändernder Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft und anderem Arbeitnehmerbewußtsein, die Interessen der Arbeitnehmer insbesondere in der Arbeitswelt einheitlich zu ver-

treten sein, solange ihre Lage - trotz aller Verheißungen von Individualisierung - vergleichbar und ähnlich abhängig bleibt.

Es werden - wie jüngst mit der Gründung der Mediengewerkschaft geschehen - die gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen gewandelten Industrieland Verwaltungsstrukturen angepaßt werden müssen. Es werden neue Wertemuster, andere Verhaltensweisen und Lebensauffassungen bei den Nachwuchsenden zu berücksichtigen sein, wenn Gewerkschaften, gewerkschaftliche Organisation und Arbeit ihren gesellschaftlichen Stellenwert bewahren und an Attraktivität gewinnen wollen. Die zentralen Werte der Arbeiterbewegung werden dabei nichts von ihrer Überzeugungskraft einbüßen: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.